



Modellprojekt „Gleiche politische Teilhabe“

METHODENBRIEF NUMMER 9

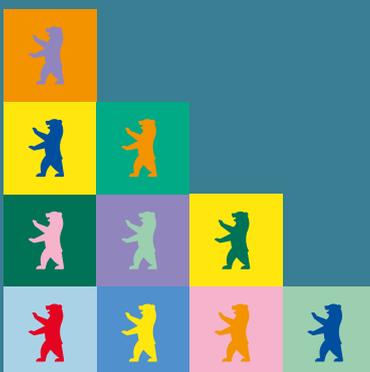
Wohnen

Inhalt:

Methode 1: Impulse für einen „Sorgenden Kiez“

Methode 2: Der mobile Zebrastreifen

Methode 3: Was heißt fair_mieten?



Immer mehr Menschen können sich das Leben in den Städten nicht mehr leisten oder nur unter extrem herausfordernden Umständen, wenn z.B. der Großteil des Einkommens für Miet- und Wohnkosten ausgegeben wird oder ein alleiniges Einkommen zum Leben nicht mehr reicht. Für viele Menschen ist ein Umzug in eine größere Wohnung bei Familienzuwachs in unmittelbarer Umgebung nicht mehr möglich. Menschen mit geringem Einkommen und Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt etwa aufgrund von Diskriminierung bleiben meist nur periphere Lagen an den Rändern der Städte oder vernachlässigte Stadtteile zum Wohnen, in denen gerade in Krisenzeiten das Konfliktpotenzial zunimmt. Menschen mit geringem Einkommen, die etwa im Dienstleistungsbereich in den Innenstädten gebraucht werden, fahren lange Strecken von ihrem Wohn- zu ihrem Arbeitsort.

Wohnen hat viele politische Dimensionen und ist damit auch ein wichtiges Thema in der aufsuchenden politischen Bildung. Das Thema Mietsteigerungen und damit einhergehende Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist zurzeit wohl der meistdiskutierte Aspekt des Themas Wohnen und hat konkrete Auswirkungen auf viele Menschen in großen Städten; entsprechend ist Methode 3 in diesem Brief diesem Thema gewidmet. Zum Thema Wohnen gibt es noch viel mehr zu sagen: Es geht auch um das Alltags- und Zusammenleben vor Ort und die Gestaltung des Stadtraums. In Methode 1 und 2 diskutieren wir zwei weitere relevante Aspekte: das Thema von „Sorgenden Kiezen“ ausgehend von der Annahme, dass ein sorgender, an den Bedürfnissen der Bewohner*innen, orientierter Kiez, auch das Miteinander in der Nachbarschaft positiv beeinflusst, sowie die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Frage: Für wen wird dieser eigentlich gestaltet?

Methode 1: Impulse für einen „Sorgenden Kiez“

Worum geht's?

„In einer Sorgenden Stadt stehen die Bedürfnisse aller ihrer Bewohner*innen im Zentrum.“ (Fried/Wischnewski) Dabei werden gerade auch die Perspektiven und die Bedürfnisse derer berücksichtigt, die Sorgearbeit leisten und aller, die in der Stadtplanung häufig nicht mitgedacht werden, da Städte meist immer noch aus Perspektive und für die Bedarfe privilegierter weißer Männer in Erwerbsarbeit gestaltet werden.

Orientiert an der Idee der „Sorgenden Stadt“ soll diese Methode dazu anregen, sich mit den Bedürfnissen aller Bewohner*innen rund um das Alltags- und Zusammenleben im Kiez zu beschäftigen. So werden oft als privat wahrgenommene Themen zum Gegenstand politischer Bildung gemacht und Partizipationsprozesse angestoßen. Da die „Sorgende Stadt“ kein feststehendes Stadtentwicklungskonzept ist, müssen die konkreten Ideen für einen „Sorgenden Kiez“ vor Ort diskutiert und entschieden werden: Braucht der Kiez einen besseren Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr? Muss der öffentliche Raum inklusiver und sicherer für alle werden? Oder braucht es vor allem Begegnungsräume für ältere Menschen und mehr Angebote für Jugendliche vor Ort?

Was wird benötigt?

- Papier, Stifte
- Fotoapparate/Handy-Kameras
- Informationen über Sorgende Städte (Power-Point, Plakat(e))
- eventuell weitere Materialien für eine Ausstellung

Ablauf

Einstieg

Als Einstieg in das Thema kann das 5-Orte-Molekül (--> Methodenbrief Nr. 1 „Raum“, Methode 1/Variante C) genutzt werden. Hier dürfen die TN folgende Fragen erstmal für sich beantworten (aufschreiben/malen/...):

- An welchen Orten hier im Kiez fühlt ihr euch wohl und sicher, an welchen Orten fühlt ihr euch unwohl/unsicher?
- An welchen Orten hier im Kiez bekommt ihr Hilfe/Unterstützung, an welchen Orten leistet ihr Hilfe/Unterstützung für andere im Kiez?
- Welche Orte stören im Kiez? Welche Orte fehlen im Kiez?

Die TN müssen sich nicht auf 5 Orte beschränken, sie können insgesamt auch mehr oder weniger Orte nennen. Je nach Anzahl der TN und Zeit, können die TN sich ihre Orte gegenseitig in Kleingruppen oder Tandems vorstellen. Daran anschließend werden alle Orte gesammelt und z.B. auf eine Flipchart geklebt. So entsteht eine Mind Map zum Kiez (den Fragen entsprechend können die Orte z.B. mit unterschiedlichen Farben sortiert werden). Anhand der entstandenen Mind Map kann ein erster Austausch darüber stattfinden, wie zufrieden die TN damit sind, im Kiez zu wohnen, ob der Kiez auf die Bedürfnisse aller Bewohner*innen ausgerichtet ist, welche Bewohner*innen in der Stadtplanung zu wenig berücksichtigt werden, ob es Räume für das Miteinander im Kiez gibt, die dazu beitragen, mögliche vorhandene Konflikte zu lösen. Wenn es eine Karte des Stadtteils gibt, können die Orte auch in verschiedenen Farben, z.B. mit Klebepunkten, im Stadtplan markiert werden.

Vertiefung

Zur Vertiefung bereitet die Workshop-Leitung einen kurzen Input über das Konzept der „Sorgenden Städte“ vor. Dies kann in Form einer Powerpoint-Präsentation oder vorab gestalteter Plakate erfolgen. Alternativ kann auch ein*e Referent*in eingeladen werden zum Thema (in Berlin z.B. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung RLS) oder die Gruppe erarbeitet sich das Thema anhand von Texten und/oder Filmen (siehe Links unten). Die TN haben Möglichkeiten, Fragen zu stellen und die Idee der „Sorgenden Stadt“ zu diskutieren.

Anschließend betrachten die Teilnehmer*innen noch einmal die Kiez-Karte, die sie im Rahmen der Einstiegsübung erstellt haben und diskutieren die Frage, ob ihr Kiez an den Bedürfnissen der Bewohner*innen orientiert ist und was es noch braucht und was verändert werden müsste, damit aus ihrem Kiez ein „Sorgender Kiez“ wird.

Es können Ideen gesammelt werden, ob und wie die TN sich weiter mit dem Thema befassen möchten und ob sie bsw. mehr Leute in den Austausch einbeziehen wollen und/oder ihre Wünsche/Ideen für einen sorgenden Kiez an Lokalpolitiker*innen weitertragen wollen.

Handlungsoptionen

Die TN machen einen Kiezspaziergang zu den in der Mindmap gesammelten Orten. Sie fotografieren die Orte für eine Ausstellung oder ein Dokument zur Idee des „Sorgenden Kiezes“. Beim Spaziergang kommen sie möglicherweise auch mit anderen Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen von Einrichtungen im Kiez ins Gespräch über die Orte und die Idee des Sorgenden Kiezes. Mit den Bildern und gesammelten Erfahrungen und Ideen kann eine kleine Ausstellung oder ein Dokument erstellt werden, das die Stärken und Schwächen des Kiezes als sorgender Kiez beleuchtet und möglicherweise schon Ideen aufgezeigt, welche Veränderungen und Erneuerungen es für einen Sorgenden Kiez braucht. Die Ausstellung kann im öffentlichen Raum oder im Nachbarschaftszentrum (wenn vorhanden) gezeigt werden. Die Ausstellung kann auch interaktiv gestaltet werden, so dass auch alle anderen Bewohner*innen sich zu ihren Bedürfnissen in einem sorgenden Kiez äußern können. Zur Ausstellungseröffnung können lokale Politiker*innen oder Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltung eingeladen werden. Alternativ kann auch ein anderes Produkt (Text mit Bildern) erarbeitet werden, das den zentralen Einrichtungen und Lokalpolitiker*innen zugeschickt wird. So erfahren auch alle Einrichtungen von den Bedürfnissen der Bewohner*innen in einem sorgenden Kiez.

Worauf achten? Praxistipps

Die Methode berührt zwei inhaltliche Punkte, die verwandt sind, aber auf unterschiedliche Handlungsräume abzielen: Das nachbarschaftliche Zusammenleben, das die Menschen vor Ort gestalten, sowie die formellen Strukturen Sorgender Städte. Beides hängt miteinander zusammen, da anzunehmen ist, dass in Sorgenden Städten die Menschen auch mehr Raum für die Gestaltung fürsorglicher und solidarischer Nachbarschaften haben. Dabei ist es sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Menschen nicht dazu angehalten werden sollen, individuell in Kiez und Nachbarschaft privat ausgleichen zu sollen, was eigentlich staatliche Aufgabe wäre, nämlich eine gute Fürsorgestruktur zu schaffen, zu der auch barrierearme Begegnungsräume zählen. Zur Durchführung der Übung ist eine inhaltliche Einarbeitung ins Thema der Sorgenden Städte notwendig.

Weiterführende Links

- Zur Gestaltung der Einstiegsübung siehe Methodenbrief Nr. 1 „Raum“, Methode 1
- Alek B. Gerber/Goethe Institut 2022: From Caring Communities to Caring Cities - Goethe-Institut USA

- Fried, Barbara & Wischnewski, Alex: Was ist eine sorgende Stadt? [Mehr dazu | Sorgende Staedte \(sorgende-staedte.org\)](#) und die Projektseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Caring Cities, [Sorgende Staedte | Guck dich in den Häusern der Sorgenden Stadt doch mal um! \(sorgende-staedte.org\)](#)

Methode 2: Der mobile Zebrastreifen

Worum geht's?

Wem gehört die Stadt? Für lange Zeit stand das Auto im Zentrum der Verkehrsplanung. Autotaugliche Straßen wurden gegenüber Fuß- und Radwegen priorisiert. Das führt dazu, dass Radfahren heute an vielen Stellen nicht sicher ist. Schüler*innen sind auf dem Schulweg in ihrem Wohnumfeld vielen Gefahren ausgesetzt, weshalb in vielen Bundesländern „Schulwegpläne“ erstellt werden. Die Methode „Der mobile Zebrastreifen“ greift dieses Thema auf. Sie ist inspiriert durch eine humorvolle künstlerische Intervention des Künstlers Gerhard Lang aus dem Jahr 1993: Er rollte in der Kasseler Innenstadt einen selbstgemalten Zebrastreifen auf einer vielbefahrenen Straße aus. Darüber ließ er 600 Spaziergänger*innen inklusive einer Musik spielenden Band laufen. 2020 wiederholte er die Aktion in Berlin. Seine Idee dahinter: Die Vision einer Stadt, in der Fußgänger*innen dort die Straße sicher überqueren können, wo sie es brauchen. Die Methode ist als Intervention und Störung konzipiert. Sie konfrontiert die TN mit Langs Vision und stellt ihnen die Frage: Wie sieht ein lebenswertes Wohnumfeld für mich aus?

Was wird benötigt?

- langes, breites Stoffbanner (etwa aneinander genähte alte Bettlaken o.ä.)
- Malfarbe, Pinsel, Moderationskarten und dicke Filzstifte, Klebepunkte
- Aktionsstand (Tisch o.ä.) mit Pinnwand oder etwas Vergleichbarem
- Infos zu Initiativen für autofreie Straßen, Argumenten dafür und dagegen

Ablauf

Vorbereitung

Auf das Stoffbanner wird mit Farbe ein Zebrastreifen aufgemalt. Der Zebrastreifen wird zusammengerollt und kann so an einen Aktionsort transportiert werden.

Idealerweise wird vor der Durchführung eine Recherche zu Initiativen für autofreie Straßen (oder ähnlichen politischen Anliegen) im eigenen Kiez durchgeführt. Damit erhält die Aktion lokale Bezüge, mit denen die TN sich identifizieren können.

Durchführung

Die Aktion wird in zwei Schritten an zwei Tagen durchgeführt, zwischen denen etwas Zeit vergeht: Zunächst wird ein Infostand an einem belebten Ort im Kiez aufgebaut. Gut sichtbar wird der Slogan „Wem gehört die Stadt?“ ausgehängt. Am Tisch hängen/liegen Informationen zu (lokalen) Initiativen für autofreie Straßen aus sowie Karten, auf denen gut leserlich Argumente für oder gegen dieses Anliegen ausgedruckt sind. Passant*innen werden ermutigt, sich die Karten anzusehen und auf diejenigen Karten mit Argumenten, die ihre Meinung widerspiegeln, einen Klebepunkt zu kleben. Wer möchte, darf auf leere Moderationskarten eigene Argumente schreiben und dazulegen. So entsteht nach und nach ein sichtbares Meinungsbild. Darüber hinaus werden die TN über den mobilen Zebrastreifen informiert und befragt: Kennen Sie Stellen im Kiez, an denen es für Kinder auf dem Schulweg, ältere Menschen, Menschen im Rollstuhl oder für alle Fußgänger*innen gefährlich ist, über die Straße zu gehen? Es ist möglich, E-Mail-Listen auszulegen, in die TN sich eintragen können, die am Fortgang der Aktion interessiert sind. Sie werden dann über den Aktionstag per Mail informiert.

In einem zweiten Schritt werden die Antworten ausgewertet. Es werden eine oder mehrere Stellen für den Zebrastreifen ausgewählt. Hier wird nun eine Überquerung mit dem mobilen Zebrastreifen geplant: Ort und Uhrzeit werden festgelegt, die Überquerung wird beim lokalen Ordnungsamt angemeldet. Die Aktion wird im Kiez publik gemacht (durch Aushänge in Läden, über nebenan.de, im Nachbarschaftstreff usw.). Lokale Politiker*innen werden eingeladen. Am Aktionstag wird der Zebrastreifen am ausgewählten Ort in einem

feierlichen Akt ausgerollt. Gerne darf dazu ein kleines Programm organisiert werden, etwa, indem Jugendliche auf dem ausgerollten Zebrastreifen breaken, Musik gespielt wird o.ä.

Erweiterung: „Stell dir vor, jedes geparkte Auto wäre ein Baum“

Eine größere Frage in Verbindung mit Verkehrsplanung ist die nach dem Verhältnis von öffentlichem und privatem Raum. An wessen Bedürfnissen orientiert sich die Planung öffentlicher Räume? Die in Deutschland lebende australische Künstlerin Gretta Louw machte auf entsprechende Problemstellungen mit ihrer Intervention „The Commons“ (2020) aufmerksam. Sie plakatierte dazu die Münchner Innenstadt mit Slogans wie „Imagine every parked car is a tree“ („Stell dir vor, jedes geparkte Auto wäre ein Baum“) oder „The less private space you own, the more public space you need“ (Je weniger privater Raum dir gehört, desto mehr öffentlichen Raum brauchst du). Louws Aktion zeigt auf, wie eng privater und öffentlicher Raum miteinander verknüpft sind und wie Menschen, die auf engem Raum wohnen, auf die Erweiterung des Privaten durch frei zugängliche Plätze angewiesen sind. Die Erweiterung greift dieses Thema auf. Sie kann im Rahmen der mobilen Zebrastreifen-Aktion oder losgelöst davon durchgeführt werden; im letzteren Fall idealerweise an/vor öffentlichen Orten wie Parks, der Bücherei usw. In Anlehnung an Gretta Louws Aktion werden Plakate aufgehängt mit Aussagen wie „Stell dir vor, jedes geparkte Auto wäre ein Baum“, „Stell dir vor, jedes geparkte Auto wäre eine Schaukel“, „Stell dir vor, jedes geparkte Auto wäre ein Gemüsebeet“ usw. Passant*innen werden gefragt, wofür sie gerne mehr Platz hätten und wie sie den Raum gerne nutzen würden, wären Straßen plötzlich autofrei. (Mögliche Ideen: Orte der Begegnung und Nachbar*innenschaft, Radwege, Spielplätze, Blumenbeete, Klimazonen, Freiluftmuseen, Bänke und Tische zum Sitzen,...). Die Ideen werden gesammelt und vor Ort ausgestellt. Die Methode sollte dabei unbedingt offen sein für Kritik von Autofahrer*innen und gemeinsame konstruktive Lösungen suchen/zeigen, die auch ihre Anliegen im Blick haben.

Worauf achten? Praxistipps

Bei der Straßenüberquerung ganz besonders auf die Sicherheit aller Beteiligten achten!

Inhaltlich kann Menschen darüber gesprochen werden, dass sie in verschiedenen Rollen am Verkehr teilnehmen (mal als Autofahrer*in, als Fußgänger*in; mal beruflich, mal mit der Oma oder den Kindern unterwegs...) und so Empathie, Multiperspektivität und Ambiguitätstoleranz gefördert werden: Was brauchen Menschen mit kleinen Kindern, Jugendliche, Alte, Kranke, Menschen im Rollstuhl, Blinde Menschen, Menschen mit wenig Geld/wenig Wohnraum, usw. damit eine Stadt für sie ein lebenswerter, sicherer Ort ist?

Weiterführende Links (letzter Zugriff jeweils am 8.9.2023)

- Zur Aktion „Der Mobile Zebrastreifen“ von Gerhard Lang: Gerhard Lang, Der mobile Zebrastreifen 1993: http://www.gerhardlang.com/d_work_zebra.html; Gerhard Lang, Aktion Mobiler Zebrastreifen am 26. September 2020 in Berlin, http://www.gerhardlang.com/Gerhard_Lang_Mobiler_Zebrastreifen_2020.pdf
- Zu Gretta Louws Projekt „The Commons“ Gretta Louw, The Commons, 2020: http://grettalouw.com/TheCommons_catalogue_website.pdf (grettalouw.com)
- Podcast zu autozentrierter Verkehrs- und Stadtplanung: Lila Podcast mit Katja Diehl, 2021: Gender und Mobilität – Wie sexistisch ist Verkehrsplanung?
- Projekte zu autoreduzierten Straßen: Pilotprojekt „Autoreduzierte Quartiere für eine lebenswerte Stadt“ München, offizielle Projektwebsite: MCube - Autoreduzierte Quartiere für eine lebenswerte Stadt (AQT) - Professur für Urban Design; zdf.de/Alexandra_Hawlin, 2023: „Verkehrswende in München: Wie eine autofreie Straße ein Viertel spaltet“, Straße ohne Autos? Ein Modellprojekt in München polarisiert - ZDFheute, Konzept der Münchner Sommerstraßen: Offizielle Infos auf der Website der Stadt München: Münchner Sommerstraßen 2023: Mehr Platz für Fußgänger - muenchen.de
- Berliner Initiative „Temporäre Spielstraßen“. [Temporäre Spielstraßen: Neue Räume für Nachbarschaften - Berlin.de](http://Temporäre_Spielstraßen:_Neue_Räume_für_Nachbarschaften_-_Berlin.de)

Methode 3: Was heißt fair_mieten?

Worum geht's?

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt betrifft Menschen bei der Suche nach einer Wohnung, beim Zugang oder bei der Nutzung von Wohnraum. Diese äußert sich in diskriminierenden Zuschreibungen etwa durch Vermieter*innen oder Nachbar*innen, aber auch in institutionellen Praktiken von Wohnungsunternehmen und kommunalen Wohnungspolitikern. Besonders sichtbar wird Diskriminierung im Bereich der Wohnungssuche und -vergabe, verstärkt in angespannten Wohnungsmärkten wie in Berlin. Dann machen Menschen mit arabisch gelesenen Namen die Erfahrung, keine Einladung zu Besichtigungen zu erhalten, lesbische Paare werden nach Offenlegung ihrer Beziehung als Bewerber*innen abgelehnt und digitale Wohnungsanzeigen werden so barriereicher formuliert und veröffentlicht, dass Menschen mit geringen Deutschkenntnissen oder wenig digitalen Kompetenzen der Zugang deutlich erschwert wird. Besonders häufig werden Menschen mit (zugeschriebener) Migrationserfahrung diskriminiert: Jede*r dritte Wohnungssuchende mit Migrationshintergrund (35 %) berichtete einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zufolge von rassistischer Diskriminierung. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und in Berlin das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) können vor Diskriminierung schützen und helfen, rechtliche Ansprüche durchzusetzen. Studien, die Erfahrungen Betroffener und Beratungsanfragen zeigen aber, dass juristische Prozesse nicht immer zum Erfolg führen oder das Mittel der Wahl der Betroffenen sind. Ausnahmen vom AGG für Vermieter*innen bieten außerdem Gelegenheiten zum Missbrauch der Gesetzeslage. Ein Hindernis auf dem Weg zu einem diskriminierungsärmeren Wohnen für alle Menschen liegt dennoch in dem mangelnden Wissen über Rechte und Pflichten - sowohl seitens Eigentümer*innen als auch Mieter*innen. An diesem Aufklärungspotenzial setzt diese Methode an: Unter der Fragestellung „Ist das fair?“ werden Teilnehmende oder Passant*innen anhand prägnanter Fallbeispiele dazu angeregt, Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt - die sie möglicherweise selbst schon gemacht haben - einzuordnen und zu diskutieren. Dabei erhalten sie Informationen dazu, an welchen Stellen der rechtliche Diskriminierungsschutz greift und welche Praktiken der Ungleichbehandlung erlaubt sind. Inwiefern all diese Beispiele kritikwürdig, nachvollziehbar oder wünschenswert sind, darf debattiert werden.

Was wird benötigt?

Anhang Fallbeispiele „Was heißt fair_mieten?“

Es handelt sich um eine Positionierungsübung, die auf vielfältige Weise umgesetzt werden kann. Eine Visualisierung der Fallbeispiele zum Nachlesen im eigenen Tempo ist sinnvoll. Die Einordnung der Fälle (erlaubt / nicht erlaubt) und weiteren Hinweise sollten nicht auf den ersten Blick zu sehen sein.

Mit einer festen Gruppe ist z.B. eine Positionierung im Raum, durch Aufzeigen unterschiedlich farbiger Karte oder mithilfe von Klebepunkten denkbar.

Im öffentlichen Raum können symbolische Gegenstände für das Thema Wohnen (Tapetenstücke, Umzugskarton, Laminat, Bilderrahmen, Handtuch) als Blickfang arrangiert und mit Fallbeispielen versehen werden. Auch eine vorbereitete Skala (fair - nicht fair), auf der die Fallbeispiele interaktiv verortet werden können, ist möglich.

Ablauf

Im Vorfeld trifft die Moderation abhängig vom gewählten Umfang der Methode (Zeit, Platz) eine Auswahl an Fallbeispielen aus dem Anhang dieses Methodenbriefs. Je nach Teilnehmendengruppe ist ggf. außerdem eine Einführung ins Thema Diskriminierung, auch mit Hinweis auf die durch das AGG und LADG geschützten Merkmale, sinnvoll. Die Fallbeispiele beschreiben überwiegend Praktiken auf Vermieter*innen-Seite und können, wie in M1 zu sehen, in drei Kategorien eingeteilt werden: nicht erlaubt, erlaubt, Positivbeispiele. Letztere sind Teil der Übung, um eine Vorstellung von konkreten Maßnahmen zu geben, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken.

Umsetzung in einer festen Gruppe: Unter der Fragestellung „Ist das fair?“ werden die TN aufgefordert, sich zu den Fallbeispielen (in gemischter Reihenfolge aus den drei Kategorien) zu positionieren. Einzelne TN können ihre

Positionierung begründen und in Diskussion miteinander gehen. Im Anschluss teilt die Moderation ggf. Informationen dazu, ob es sich hierbei um Diskriminierung oder erlaubte Praktiken handelt.

Umsetzung im öffentlichen Raum: Je nach Aufbau werden Passant*innen entweder zur eigenständigen Reflexion über die Beispiele und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt angeregt oder sie werden in einer interaktiven Variante aufgefordert, die Fallbeispiele entlang einer Skala (fair - nicht fair) zu verorten.

Erweiterung:

Die Wissensvermittlung lässt sich in unterschiedliche Richtungen, etwa durch Aushänge mit [Glossarbegriffen](#) und zugehörigen Erläuterungen, durch Einladen der [Fachstelle](#) gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oder Auslegen von deren [Material](#) vertiefen. Insbesondere angesichts der (möglichen) Betroffenheit der Teilnehmenden oder Passant*innen sind Verweis und Vermittlung an Beratungsstellen wie die Fachstelle, den [Berliner Mieterverein e.V.](#) oder das [Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V.](#) wichtig.

Worauf achten? Praxistipps

1. Auch wenn die Einordnung der Fallbeispiele entlang der Kategorien erlaubt/nicht erlaubt/Positivbeispiele eindeutige Werturteile suggeriert, sollte dennoch Raum für unterschiedliche Vorstellungen von fairen Mietverhältnissen gelassen werden. Gesetzeslagen verändern sich und auch die „Positivbeispiele“ stellen keinen gesellschaftlichen Konsens dar. Ausgehend von einem geteilten Wunsch nach einem Abbau diskriminierender Verhältnisse geht es letztlich auch um die Frage, wie dieses Ziel angesichts divergierender Bedürfnisse, Interessen und Ressourcen erreicht werden kann.
2. Durch die Beispiele kann bei den TN der Wunsch nach dem Teilen eigener Erfahrungen entstehen. Diesen Erzählungen sollte unbedingt Raum gegeben werden, weil sie Solidarität oder sogar tatkräftige Unterstützung durch die Gruppe ermöglichen können.
3. In dem hier besprochenen Themenfeld können sich mietrechtliche (z.B. bzgl. der Mietpreisbremse) und diskriminierungsrechtliche Fragen vermischen. Die Moderation sollte sich keinesfalls in der Verpflichtung sehen, all diese potenziell aufkommenden, sehr komplexen und spezifischen Fragestellungen beantworten zu können. Im Gespräch mit Passant*innen kann an Beratungsstellen verwiesen werden, in der fortlaufenden Arbeit mit Teilnehmenden können darüber hinaus offen gebliebene Fragen als Hinweis auf weitere Bedarfe nach inhaltlicher Auseinandersetzung betrachtet werden.

Weiterführende Links (letzter Zugriff jeweils am 18.9.23)

Rechtlicher Schutz vor Diskriminierung im Bereich Wohnen und Mieten

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.), [fair mieten - fair wohnen. Leitfaden für Mieterinnen und Mieter und Beratungsstellen](#), März 2015, 2. Auflage (9/2020), S. 6f.

Fragen und Antworten zum Thema „Wohnen in Berlin“, u.a. zu Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

- Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Berliner Mieterverein e.V., Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), [Wohnen in Berlin. Fragen und Antworten](#), April 2019.

Umfangreiche Informationen zu Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, u.a. Erklärfilm, FAQs,

Umfrageergebnisse

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes, [Wohnungsmarkt. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist weit verbreitet.](#)

Glossar

- Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, Fair mieten – Fair wohnen, [Glossar. Positivbeispiele](#)
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes, [Was tun gegen Diskriminierung bei Vergabe, Vermietung und Verwaltung von Wohnraum?](#), Mai 2023.

Entstanden im Rahmen des Modellprogramms „**Gleiche politische Teilhabe - Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier**“ (2020 bis 2024).

Im Projekt werden modellhaft in vier Berliner Bezirken Ansätze einer aufsuchenden politischen Bildung erprobt, um politische Teilhabe zu fördern. Aufsuchende politische Bildung setzt an der Lebenswelt der Menschen vor Ort an und leitet daraus politische Themen ab. Die Teilnehmenden werden eingeladen, die Relevanz politischer Fragestellungen für ihren Alltag wahrzunehmen und gleichzeitig darüber informiert, welche Einfluss- und Beteiligungswege ihnen offenstehen.

Politische Teilhabe ist gesellschaftlich ungleich verteilt. Durch eine aufsuchende politische Bildung sollen Hemmungen überwunden werden, die durch Mechanismen der Selbst- und Fremdausschlüsse von der politischen Sphäre und durch diskriminierende Signale entstehen.

Impressum

Autorin: Britta Hecking in Zusammenarbeit mit Luisa Bläse, Helen Müller, Amina Nolte und Johanna Voß

Lektorat: Annette Wallentin

Herausgeberin: Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Amerika Haus, Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin
www.berlin.de/politische-bildung

September 2023

Gefördert im Rahmen des Modellprojektes „Gleiche politische Teilhabe“ mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

